

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege
am 16.11.2010**

um 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Jutta Velte

Ratsmitglied

Herr Günter Bender

Herr Wolfgang Bluhm

Herr Kurt-Peter Friese

Herr Julian Kleuser

für Herrn Hans Herbert Wilke; ab 17:10 Uhr -
TOP 3.1

Frau Elfriede Korff

Herr Ernst Otto Mähler

Frau Elke Rühl

Herr Hans Lothar Schiffer

Frau Rosemarie Stippekoehl

für Herrn Sven Wolf

Sachkundiger Bürger

Herr Florian Böker

Herr Alexander Ernst

Herr Karl-Heinz Heß

Herr Heinz Jürgen Heuser

Herr Sigmar Paeslack

Herr Hans-Jörg Röntgen

Herr Volker Rudolf Zahnweh

für Herrn Jens Nettekoven
bis 18:55 Uhr - TOP 20
für Herrn York Edelhoff

ab 17:10 Uhr - TOP 3.1

vom Seniorenbeirat

Herr Georg Gregull

Beratendes Mitglied

Herr Klaus Lellek

von der Verwaltung

Herr Dr. Christian Henkelmann

Herr Gerald Hein

Herr Oliver Jilg

Frau Wiebke Lehner

Herr Udo Quadflieg

Herr Jörg Schubert

Dezernat 3.00 - Bauen, Landschaftspflege
und Kultur

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Fachdienst 3.67 - Grünflächen und Friedhöfe

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleit-
planung

Fachdienst 3.62 - Vermessung, Kataster und
Liegenschaften

Schriftführer

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglied

Herr York Edelhoff

Herr Hans Herbert Wilke

Herr Sven Wolf

Sachkundiger Bürger
Herr Jens Nettekoven

Tagesordnung

- 1 Änderung/Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2010
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 3.1 14/0345 Fassadensanierungsprogramm für die Alleestraße
- Anfrage der CDU-Fraktion
- 4 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 4.1 Der Müngstener - Sachstand
- Mdl. Bericht der Verwaltung
- 4.2 Neubaumaßnahme Brücke Lennepers Straße
- 5 Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 6 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 7 Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 8.1 Straßenplanung B 51 n
- Anfrage Herr Schiffer
- 8.2 Fußgängersteg im Bereich Hauptbahnhof
- Anfrage Herr Mähler
- 8.3 Zukünftige Nutzung des unbebauten Grundstücks am Hauptbahnhof (Baufeld 6)
- Anfrage Herr Mähler
- 8.4 Stand der Verhandlungen zur Forstkooperation
- Anfrage Frau Stippe Kohl
- 8.5 "Denkmalschutz und Denkmalpflege"
- Anfrage Frau Stippe Kohl
- 8.6 Straßenplanung B 237 n
- Anfrage Frau Stippe Kohl
- 8.7 Baustelle Königstraße / Parkstraße
- Anfrage Frau Stippe Kohl
- 8.8 Vollsperrung des Straßenbereichs Osterbusch / Tannhäuser Straße
- Anfrage Herr Ernst

- 8.9** Überprüfung der privaten Hauskanalanschlüsse
- Anfrage Herr Ernst
- 9** Haltestellenkataster im Geodatenportal der Stadt Remscheid
- Mdl. Bericht der Verwaltung
- 10** Vorstellung des Fachdienstes 3.66 - Straßen- und Brückenbau
- Mdl. Bericht der Verwaltung
- 11** 14/0265 Nachtabstaltung von Leuchten an Wohnwegen
- 12** 14/0338 Einbrenndauer von Entladungslampen
- 13** 14/0267 Stromkostensparnis bei der Straßenbeleuchtung
- 14** 14/0134 Kreisverkehr Königstraße / Hüttenstraße
- 15** 14/0056 Widmung des Verbindungsweges zwischen der Karl-Evang-Straße und der Stormstraße
- 16** 14/0152 Beschluss über den Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 523, Garschager Str., gem. § 125 (3) Nr. 2 BauGB
- 17** 14/0191 Bebauungsplan Nr. 632 - Gebiet: Oberreinshagen
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)
2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (2) BauGB)
3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)
- 18** 14/0215 Übertragung des Geburtshauses
- 19** 14/0214 Regionale 2006, Trasse des Werkzeugs, Änderungen infolge von Vandalismusschäden
- 20** 14/0332 Erhaltungssatzung Hasten - Hastener Straße 125, Ausbau des Spitzbodens mit Dachterrasse, Absenkung der Dachgeschossdecke und Grundrissänderungen im KG, EG, 1.OG, 2.OG und DG
- 21** 14/0247 Gebührenbedarfsrechnung 2011 für die städtischen Friedhöfe
- 22** 14/0264 Zinserhöhung kommunaler Wohnungsbaudarlehen für Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie Eigentumsmaßnahmen gemäß §§ 30 bis 39 WFNG NRW

1. **Änderung/Erweiterung der Tagesordnung**

Dem Ausschuss liegt per Nachtrag zugestellt die zu TOP 7 (nichtöffentlicher Teil der Sitzung) angekündigte Drucksache 14/0287 vom 03.11.2010 zur Beratung vor.

Des Weiteren liegen dem Ausschuss per Tischvorlage eingebracht die Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.11.2010 zum Thema „Fassadensanierungsprogramm für die Alleestraße“, die Drucksache 14/0338 vom 11.11.2010 sowie die Drucksache 14/0332 vom 10.11.2010 zur Beratung vor.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

- Einbrenndauer von Entladungslampen
Vorlage: 14/0338
- Erhaltungssatzung Hasten - Hastener Straße 125,
Ausbau des Spitzbodens mit Dachterrasse, Absenkung der Dachgeschossdecke und Grundrissänderungen im KG, EG, 1.OG, 2.OG und DG
Vorlage: 14/0332

erweitert.

2. **Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2010**

Ergänzungsbeschlüsse werden nicht gefasst.

3. **Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung**

3.1. **Fassadensanierungsprogramm für die Alleestraße - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 14/0345**

Frau Stippe Kohl erläutert die der in Schriftform vorliegenden Anfrage zu Grunde liegenden Überlegungen. Hierbei spricht Frau Stippe Kohl das Förderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung an, das nach ihrer Einschätzung von Immobilienbesitzern und damit auch von den Eigentümern der Häuser an der Alleestraße in naher Zukunft verstärkt in Anspruch genommen werden dürfte. Im Zuge dieser Sanierungsmaßnahme könne man dann – so die Idee – möglicherweise mithilfe eines von einer Universität erarbeiteten Farbkonzepts auf eine ansprechende Farbgebung der Gebäudefassade Einfluss nehmen und damit zu einer optischen Aufwertung der Alleestraße beitragen.

Herr Schiffer empfiehlt, die hier angesprochene Thematik auf jeden Fall auch dem Marketingrat Remscheid-Innenstadt zur Beratung vorzulegen.

Herr Mähler gibt zu bedenken, dass die Farbgestaltung an den Gebäuden im Bereich der Alleestraße aus seiner Sicht nur ein untergeordneter Teilaspekt der seit längerem bekannten Gesamtproblematik im Bereich der Alleestraße sei. So stehe hier seiner Meinung nach vielmehr die seitens der Verwaltung zu prüfende Grundsatzfrage im Vordergrund, wie man die Alleestraße in ihrer Gesamtheit für die Zukunft inhaltlich neu beleben kann und inwieweit hierfür möglicherweise neue Nutzungskonzepte entwickelt werden müssen. Deshalb empfiehlt Herr Mähler, bei der Suche nach Möglichkeiten für eine Optimierung des Bereiches Alleestraße den von ihm angesprochenen konzeptionellen Überlegungen zu denkbaren neuen Nutzungsformen gegenüber einem reinen Farbkonzept wie angefragt eine höhere Priorität einzuräumen.

Auf Vorschlag von Frau Velte richtet der Ausschuss einvernehmlich die Bitte an die Verwaltung, die erbetene schriftliche Antwort auf die vorliegende Anfrage der CDU-Fraktion der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid wie auch dem Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege zu ihren nächsten Sitzungen vorzulegen.

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, die hier aufgeworfene Thematik der Auflage eines Fassadensanierungsprogramms für die Alleestraße dem Marketingrat Remscheid-Innenstadt wie auch den Wirtschaftsjunioren Remscheid an die Hand zu geben mit der Empfehlung, über dieses Thema zu beraten und hier gegebenenfalls auch in eigener Zuständigkeit entsprechende Initiativen zu verabschieden.

4. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

4.1. Der Müngstener - Sachstand - Mdl. Bericht der Verwaltung

Herr Dr. Henkelmann berichtet über den aktuellen Stand der laufenden Untersuchungen zur Standfestigkeit der Müngstener Brücke und teilt hierzu mit, dass sich nach den der Stadt Solingen vorliegenden Informationen eine positive Entwicklung abzeichne insoweit, als man nunmehr mit einer schrittweisen Anpassung der Fahrgeschwindigkeit der Personenzüge an das ursprüngliche Niveau rechnen könne.

Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

4.2. Neubaumaßnahme Brücke Lenneper Straße

Herr Hein gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Baumaßnahme zur Erneuerung der Brücke Lenneper Straße und berichtet, dass voraussichtlich Anfang bis Mitte Dezember mit der Montage der Fertigteilträger begonnen werde. Hierzu werde die Lenneper Straße wie bereits in früherer Sitzung erwähnt für den Verkehr zeitweilig vollständig gesperrt werden müssen. Des Weiteren stellt Herr Hein fest, dass die Verwaltung nach wie vor davon ausgehe, die Baumaßnahme

wie geplant zum Mai 2011 fertig stellen zu können, soweit und sofern der Bau- fortschritt nicht durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse in den bevorste- henden Wintermonaten in stärkerem Maße als angenommen beeinträchtigt wer- de.

Frau Rühl macht darauf aufmerksam, dass sich die hier angesprochene Bau- maßnahme in zunehmendem Maße negativ auf den Verkehr im Bereich der um- liegenden Straßen auswirke. So sei zu beobachten, dass sich die Fahrzeuge oft- mals über die Lennep-er Straße bis zum Zentralpunkt und auch darüber hinaus bis hin zur Unterführung stauen würden. Frau Rühl bittet deshalb die Verwaltung zu prüfen, inwieweit man hier, etwa durch ein Entzerren der Verkehrsströme, Ab- hilfe schaffen kann.

In diesem Zusammenhang weist Frau Rühl darauf hin, dass die Lichtsignalanla- gen Bismarckstraße / Industriestraße und Bismarckstraße / Presover Straße nicht optimal zeitlich aufeinander abgestimmt geschaltet seien und dadurch noch zu- sätzliche Verkehrsstörungen hervorgerufen würden. So komme es häufig vor, dass Fahrzeuge an der Lichtsignalanlage Bismarckstraße / Industriestraße trotz Grünsignals ihre Fahrt geradeaus nicht fortsetzen könnten, weil vor ihnen noch Fahrzeuge stehen würden, für die an der nächsten Lichtsignalanlage Bismarck- straße / Presover Straße nicht schon vorher das Grünsignal geschaltet worden sei, so dass sie die Straße nicht rechtzeitig für den nachfolgenden Verkehr hätten räumen können. Frau Rühl bittet die Verwaltung, die hier beschriebenen Ver- kehrsabläufe zu überprüfen und zu optimieren.

Herr Ernst berichtet von einem weiteren Verkehrsstau, den man auf der Burger Straße in Fahrtrichtung Zentralpunkt regelmäßig zu Verkehrsspitzenzeiten beo- bachten könne. So würden sich die Fahrzeuge auf der Burger Straße vom Zent- ralpunkt zurück oftmals bis weit hinter die Einmündung Stephanstraße stauen.

Herr Ernst schlägt der Verwaltung deshalb vor, die auf der Burger Straße in Höhe Zentralpunkt bereits bestehende Haltverbotzone auf eine Länge von vielleicht 30 Meter südwärts in Richtung Einmündung Stephanstraße auszudehnen. Damit stünde – so die Überlegung – in diesem Straßenabschnitt dann auch die rechte Fahrspur der Burger Straße, die zurzeit oftmals durch parkende Fahrzeuge blo- ckert sei, für den fließenden Verkehr zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung be- schlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung be- schlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**8.1. Straßenplanung B 51 n
- Anfrage Herr Schiffer**

Herr Schiffer berichtet, dass man nach aktuellen, derzeit noch unbestätigten Informationen auf Landesebene Überlegungen aufgenommen haben soll, Projekte zum Neu- oder Ausbau von Bundesstraßen, mit deren Ausführung noch nicht begonnen und für die auch noch kein Baurecht geschaffen worden ist, zunächst zurück zu stellen und einer erneuten Überprüfung zu unterziehen.

Herr Schiffer befürchtet, dass, sollten sich diese Informationen als zutreffend herausstellen, auch das Projekt „B 51 n“ hiervon betroffen und damit wieder in Frage gestellt wäre, und bittet deshalb die Verwaltung um Berichterstattung, ob und in welchem Maße die Straßenplanung zur B 51 n von der beschriebenen Entwicklung berührt wird und – so dies nicht der Fall sein sollte – wann aus ihrer Sicht mit einer Realisierung dieses seit nunmehr geraumer Zeit im Verfahren befindlichen Projektes gerechnet werden kann.

**8.2. Fußgängersteg im Bereich Hauptbahnhof
- Anfrage Herr Mähler**

Herr Mähler berichtet von Klagen und Beschwerden von Fußgängern über Behinderungen im Bereich der Baustelle zur Errichtung eines Fußgängerstegs am Hauptbahnhof. So sei der hier angesprochene Bereich zurzeit so abgesperrt, dass Fußgänger auf die Fahrbahn der Freiheitstraße treten müssten, um diese Stelle passieren zu können.

Herr Mähler erkennt hier ein deutliches Gefahrenmoment und bittet deshalb die Verwaltung, die Wegeführung an dieser Stelle zu optimieren und Fußgängern die Möglichkeit zu geben, hier gefahrlos vorbei gehen zu können. In diesem Zusammenhang bittet Herr Mähler die Verwaltung auch um Auskunft, wann und wie mit dem Fortgang der Arbeiten zur Errichtung des besagten Fußgängerstegs gerechnet werden kann.

**8.3. Zukünftige Nutzung des unbebauten Grundstücks am Hauptbahnhof (Bau-
feld 6)
- Anfrage Herr Mähler**

Herr Mähler greift die jüngsten Meldungen zum Projekt „Ärztezentrum Lennep“ auf und stellt die Frage zur Diskussion, welche alternativen Nutzungsmöglichkeiten man für das unbebaute Grundstück am Hauptbahnhof in Betracht ziehen könnte, wenn sich – so seine Vermutung – bestätigen sollte, dass auch die Überlegungen und Planungen zur Errichtung eines Ärztezentrums an dieser Stelle aufgegeben werden.

Auf Vorschlag von Frau Velte bittet der Ausschuss die Verwaltung zur nächsten Sitzung um Berichterstattung über aktuelle Entwicklung und Fortschritt von Projekten im Bereich des Hauptbahnhofs.

**8.4. Stand der Verhandlungen zur Forstkooperation
- Anfrage Frau Stippe Kohl**

Frau Stippe Kohl bittet die Verwaltung im Namen der CDU-Fraktion um einen Sachstandsbericht zu den Verhandlungen über den Abschluss einer Forstkooperation.

**8.5. "Denkmalschutz und Denkmalpflege"
- Anfrage Frau Stippe Kohl**

Frau Stippe Kohl bittet die Verwaltung, dem Ausschuss für die Wahrnehmung seiner Aufgabe als Fachausschuss für Belange nach dem Denkmalschutzgesetz umfassende Informationen zur aktuellen Sach- und Rechtslage auf dem Gebiet des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege an die Hand zu geben. So sei beispielsweise für sie von Interesse zu erfahren, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe und von welcher Stelle der Eigentümer finanzielle Zuschüsse für die Instandsetzung und -haltung seines Baudenkmals erhält und welches Verfahren hier Anwendung findet.

Frau Rühl richtet in diesem Zusammenhang die Bitte an die Verwaltung, den Ausschuss über die Förderung eines Remscheider Denkmals in Kenntnis zu setzen. Jüngstes Beispiel hierfür sei die historische Feilenschmiede Baisiepen, für die die Eigentümer nach ihrer Kenntnis in Kürze in einer Feierstunde eine offizielle Auszeichnung entgegen nehmen könnten.

Frau Velte schließt sich den Ausführungen an und bittet die Verwaltung, auch bei zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, dass der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege bei Veranstaltungen der erwähnten Art zukünftig ebenfalls mit einbezogen wird.

**8.6. Straßenplanung B 237 n
- Anfrage Frau Stippe Kohl**

Frau Stippe Kohl greift die Ausführungen von Herrn Schiffer zu einer möglicherweise zu erwartenden Zurückstellung des Projektes „B 51 n“ auf und sieht hier das Projekt „B 237 n“ in gleicher Weise angesprochen.

Frau Stippe Kohl bittet deshalb die Verwaltung, in ihrer Stellungnahme auch auf eventuelle Auswirkung der erwähnten Überlegungen auf das Projekt „B 237 n“ einzugehen und – so das Projekt nicht betroffen sein sollte – auch darüber zu berichten, wann und mit welchen Schritten das Planverfahren zur B 237 n fortgeführt werden soll.

(siehe hierzu auch TOP 8.1)

**8.7. Baustelle Königstraße / Parkstraße
- Anfrage Frau Stippe Kohl**

Frau Stippe Kohl bittet die Verwaltung um Auskunft, welche Arbeiten im Bereich der Baustelle Königstraße / Parkstraße, die sich – so ihre Beobachtung – sowohl in der Parkstraße in beide Fahrrichtungen als auch in der Königstraße in Fahrtrichtung Hasten ständig weiter ausdehne, ausgeführt werden und wann mit einer Fertigstellung dieser Maßnahme gerechnet werden kann.

**8.8. Vollsperrung des Straßenbereichs Osterbusch / Tannhäuser Straße
- Anfrage Herr Ernst**

Herr Ernst spricht noch einmal die seit geraumer Zeit bestehende Sperrung von Straßenabschnitten der Straße Osterbusch und Tannhäuser Straße in Höhe des Firmensitzes von ThyssenKrupp an und richtet die Frage an die Verwaltung, welche rechtlichen Möglichkeiten ihr zur Verfügung stehen, auf die Firma ThyssenKrupp als Verursacher der Straßensperrung so nachhaltig einzuwirken, dass die Mängel im Bereich der auf dem Firmengelände aufstehenden Stützmauer nunmehr möglichst zeitnah beseitigt werden und anschließend besagte Straßenabschnitte wieder für den Verkehr freigegeben werden können.

Herr Dr. Henkelmann nimmt zu der Frage Stellung und berichtet, dass die Verwaltung im Dialog mit der Firma ThyssenKrupp die einzelnen hier maßgeblichen Problemfelder eingehend erörtert habe. Hieraus abgeleitet sei inzwischen ein Maßnahmenkatalog erstellt worden, der darauf ausgerichtet sei, hier nach Möglichkeit im Frühjahr nächsten Jahres zu einer zufrieden stellenden Lösung zu kommen.

Herr Ernst empfiehlt der Verwaltung daraufhin, diese Informationen soweit möglich auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um ihr gegenüber zu dokumentieren, dass in dieser Angelegenheit bereits einiges zur Problemlösung unternommen worden ist und auch weiter unternommen wird, und so bei den Bürgerinnen und Bürgern vielleicht auch um Verständnis zu werben.

**8.9. Überprüfung der privaten Hauskanalanschlüsse
- Anfrage Herr Ernst**

Herr Ernst macht darauf aufmerksam, dass nach seinen Feststellungen in der Bevölkerung noch eine breite Unsicherheit darüber bestehe, bis wann man die gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung von privaten Hauskanalanschlüssen vorzunehmen und wie lange das Prüftestamt Gültigkeit hat.

Herr Ernst bittet deshalb die Verwaltung, zu dieser Thematik eine entsprechende Information auszuarbeiten und vielleicht auch über die Presseorgane den Bürgerinnen und Bürgern als Leitfaden an die Hand zu geben.

Frau Velte empfiehlt ergänzend hierzu, dieses Thema über die Fraktionen direkt an die Remscheider Entsorgungsbetriebe zur Bearbeitung zu geben.

**9. Haltestellenkataster im Geodatenportal der Stadt Remscheid
- Mdl. Bericht der Verwaltung**

Frau Lehner stellt in einer PowerPoint Präsentation das neue Bushaltestellenkataster im Geodatenportal der Stadt Remscheid vor.

Herr Lellek spricht die Anwendung des Geodatenportals der Stadt Remscheid im Allgemeinen an und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, eine bestimmte Darstellung zu optimieren. So habe er die Erfahrung gemacht, dass man bei der Ermittlung von Entfernungen anhand des hier hinterlegten Kartenmaterials die entsprechenden Zahlen über die gemessene Streckenlänge nur schwer ablesen könne.

Die Darstellungen der PowerPoint Präsentation zum neuen Bushaltestellenkataster im Geodatenportal der Stadt Remscheid werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**10. Vorstellung des Fachdienstes 3.66 - Straßen- und Brückenbau
- Mdl. Bericht der Verwaltung**

Herr Hein stellt in einer PowerPoint Präsentation den Fachdienst 3.66 – Straßen- und Brückenbau mit seinen Aufgabenfeldern und personellen wie auch finanziellen Ressourcen vor.

Die Darstellungen der PowerPoint Präsentation zur Vorstellung des Fachdienstes 3.66 – Straßen- und Brückenbau werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung der Verwaltung zur Kenntnis.

**11. Nachtabschaltung von Leuchten an Wohnwegen
Vorlage: 14/0265**

Frau Stippe Kohl empfiehlt dem Ausschuss, sich den nach ihrer Kenntnis durchgängig negativen Voten der Bezirksvertretungen zu einer von der Verwaltung in vorliegender Drucksache thematisierten Nachtabschaltung von Leuchten an Wohnwegen anzuschließen und hierzu ebenfalls einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Ernst berichtet über die diesbezügliche Beratung der Bezirksvertretung 3 – Lennep und stellt den hier erörterten Lösungsansatz einer Reduzierung der Brenndauer der elektrischen Straßenbeleuchtung im gesamten Stadtgebiet um 3 Minuten im Zuge ihrer Umrüstung auf neue, energieeffiziente Systeme zur Diskussion.

Herr Hein geht auf die Ausführungen von Herrn Ernst näher ein und erläutert –

auch mit Hinweis auf die vorliegende Drucksache 14/0338 – Einbrenndauer von Entladungslampen –, warum die Verwaltung von einer solchen Reduzierung der Leuchtdauer abrät.

Frau Velte greift die in der Drucksache 14/0267 enthaltenen Ausführungen zu der hier vorgeschlagenen Beauftragung einer Netzanalyse für die gesamte Straßenbeleuchtung auf und bittet die Verwaltung darauf hinzuwirken, dass dem Ausschuss im Verlauf dieser nach Aussage der EWR GmbH auf einen Zeitraum von 1 bis 1 ½ Jahren auszulegenden Untersuchungen Zwischenberichte zu aktuell vorliegenden Erkenntnissen vorgelegt werden, um daraus vielleicht schon weitere Handlungsperspektiven ableiten zu können.

(siehe hierzu auch TOP 12 und TOP 13)

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

12. Einbrenndauer von Entladungslampen

Vorlage: 14/0338

(siehe hierzu auch TOP 11 und TOP 13)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

13. Stromkostensparnis bei der Straßenbeleuchtung

Vorlage: 14/0267

Frau Velte folgt der im Zuge der Beratung zur Drucksache 14/0265 – Nachtabschaltung von Leuchten an Wohnwegen abgegebenen Empfehlung von Frau Stippekoehl und stellt den Beschlussentwurf analog zu dem Beratungsergebnis, wie es die Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid formuliert hat, mit einer auf den Geltungsbereich für alle Stadtbezirke modifizierten Textfassung zur Abstimmung.

(siehe hierzu auch Top 11 und Top 12)

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Untersuchungen durch die EWR GmbH (Netzanalyse) in den nächsten 1 – 1,5 Jahren im Rahmen der Beleuchtungspauschale ohne zusätzliche Mehrkosten durchführen zu lassen. Der Lö-

sungsansatz „Nachtabschaltung von Fußwegen“ in den Stadtbezirken wird nicht weiter verfolgt (Siehe Auflistung in der Vorlage 14/0265).

2. Der Lösungsansatz „Nachtabschaltung einzelner Leuchten“, siehe Ziffer 2 der Drucksache, wird nicht weiter verfolgt.
3. Der Lösungsansatz „Nachtabschaltung an Verbindungsstraßen zwischen Ortsteilen ohne Wohnbebauung“, siehe Ziffer 3 der Drucksache, wird nicht weiter verfolgt.

**14. Kreisverkehr Königstraße / Hüttenstraße
Vorlage: 14/0134**

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Lichtzeichenanlage Königstraße / Hüttenstraße / Uhlandstraße wird abgeschaltet und stattdessen ein Minikreisverkehr installiert.
2. Die zur Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Mittel in Höhe von 6.000,- Euro werden im Teilergebnisplan im Produkt 12.01.01 für 2011 zusätzlich zur Verfügung gestellt.

**15. Widmung des Verbindungsweges zwischen der Karl-Evang-Straße und der Stormstraße
Vorlage: 14/0056**

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach Maßgabe der §§ 6 und 14 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der derzeit gültigen Fassung werden die in der Anlage 1 zur Widmung gepunktet gekennzeichneten Verkehrsflächen des Verbindungsweges zwischen der Karl-Evang-Straße und der Stormstraße innerhalb und inklusive der Rasenkantensteine gemäß § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraße gewidmet, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen.

Es handelt sich um hierbei um eine Teilfläche der Parzelle Gemarkung Lennep, Flur 35, Parzelle 816. Von dem genannten Flurstück ist lediglich der als öffentliche Verkehrsfläche ausgebaute Teil zu widmen.

Der Gemeingebrauch wird auf den Fußgängerverkehr beschränkt.

Der der Drucksache 14/0056 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung der zur Widmung vorgeschlagenen Verkehrsflächen des Verbindungsweges zwischen der Karl-Evang-Straße und der Stormstraße wird als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

- 16. Beschluss über den Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 523, Garschager Str., gem. § 125 (3) Nr. 2 BauGB**
Vorlage: 14/0152

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 523 wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr.2 BauGB beschlossen.

Die der Drucksache 14/0152 beigefügten Anlagen – dies sind ein Übersichtsplan, ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 523 sowie ein Lageplan mit Kennzeichnung der zum Mehrausbau vorgeschlagenen öffentlichen Verkehrsfläche der Garschager Straße – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

- 17. Bebauungsplan Nr. 632 - Gebiet: Oberreinshagen**
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)
2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (2) BauGB)
3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)
Vorlage: 14/0191

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 3 (2) BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 632 – Gebiet: Oberreinshagen hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 26.07.2010 bis einschließlich 31.08.2010 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Dem entsprechenden Ergebnisbericht (Anlage 1) wird zu gestimmt.

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (2) BauGB)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 22.07.2010. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 2 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 632 - Gebiet: Oberreinshagen - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 GO NRW als Satzung beschlossen (Anlage 5). Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt (Anlage 6); dabei ist der Umweltbericht (§ 2 a Nr. 2 BauGB) gem. § 13 a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB nicht Bestandteil der Begründung.

Den redaktionellen Ergänzungen der Begründung wird – entsprechend ihrer Darstellung in der Begründung zur Beschlussvorlage (Seite 4) zugestimmt.

Von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Die der Drucksache 14/0191 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Ergebnisbericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Ergebnisbericht über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Bebauungsplan Nr. 632 - Gebiet: Oberreinshagen, die Entscheidungsbegründung sowie das Merkblatt des Kampfmittelbeseitigungsdienstes NRW – werden als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

**18. Übertragung des Geburtshauses
Vorlage: 14/0215**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

19. **Regionale 2006, Trasse des Werkzeugs, Änderungen infolge von Vandalismusschäden**
Vorlage: 14/0214

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

20. **Erhaltungssatzung Hasten - Hastener Straße 125, Ausbau des Spitzbodens mit Dachterrasse, Absenkung der Dachgeschossdecke und Grundrissänderungen im KG, EG, 1.OG, 2.OG und DG**
Vorlage: 14/0332

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Vorhaben Ausbau des Spitzbodens mit Dachterrasse, Absenkung der Dachgeschossdecke und Grundrissänderungen im KG, EG, 1.OG, 2.OG und DG, Hastener Str. 125, Gemarkung Remscheid, Flur 24, Flurstücke 235, 236 entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung gem. § 173 (1) BauGB positiv zu bescheiden.

Die der Drucksache 14/0332 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan, ein Auszug aus der Erhaltungssatzung Remscheid-Hasten, Teil „A“ sowie Grundrisse und Ansichten des Bauvorhabens Hastener Straße 125 – werden der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt.

21. **Gebührenbedarfsrechnung 2011 für die städtischen Friedhöfe**
Vorlage: 14/0247

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gebührenkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2011 gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Der Gebührentarif zur Friedhofsgebührensatzung wird gemäß Anlage 8 zum 01.01.2011 neu gefasst.

Die der Drucksache 14/0247 beigefügte Gebührenkalkulation für die städtischen

Friedhöfe in Remscheid für das Wirtschaftsjahr 2011 sowie die der Drucksache im Entwurf beigefügte Änderung des Gebührentarifs zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Remscheid vom 23.12.1971 werden als **Anlage 7** zur Niederschrift genommen.

22. Zinserhöhung kommunaler Wohnungsbaudarlehen für Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie Eigentumsmaßnahmen gemäß §§ 30 bis 39 WFNG NRW
Vorlage: 14/0264

Herr Schiffer bittet die Verwaltung um Auskunft, mit welchen Kosten die zur Erzielung der in Rede stehenden Mehreinnahmen durch Zinserhöhung vorzunehmenden Nachberechnungen verbunden sein werden.

Herr Blum bittet die Verwaltung ergänzend um Beantwortung der Frage, aus welchem Grund man in einer Niedrigzinsphase wie der gegenwärtigen eine solche Zinserhöhung vornimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Zinserhöhung kommunaler Wohnungsbaudarlehen für Miet- und Genossenschaftswohnungen aus öffentlichen Mitteln und Wohnungsfürsorgemitteln sowie Eigentumsmaßnahmen gemäß §§ 30 bis 39 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) ab dem 01.01.2011 wird beschlossen.

gez.

Jutta Velte
Vorsitzender

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer